



KANTON
NIDWALDEN

BILDUNGSDIREKTION

GESCANNT

Stansstadterstrasse 54, Postfach 1251, 6371 Stans
Telefon 041 618 74 01, www.nw.ch

09. OKT. 2015

11. Okt. 2015

CH-6371 Stans, Stansstadterstrasse 54, Postfach 1251 BID DS

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung (WBF)
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und
Innovation (SBFI)
Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Res Schmid
Bildungsdirektor
Telefon 041 618 74 00
res.schmid@nw.ch
Stans, 7. Oktober 2015

SBFI / SEFRI 10. OKT. 2015					
	z. K.	z. Ed.		z. K.	z. Ed.
DR			HBE		
SW DK			HS		
✓			NFI		
✓			IFI		
INT			ARF		
ESR			RES		
✓					
✓					

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG). Vernehmlassung. Stellungnahme des Kantons Nidwalden.

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Juni 2015 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Nidwalden ein, zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Für die Bildungsdirektion des Kanton Nidwalden ist die Notwendigkeit für ein solches Gesetz nicht gegeben. Wir teilen die Zielsetzung, die hohe Qualität und die Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz zu fördern und eine faktenbasierte und kohärente Bildungspolitik zu ermöglichen, sind jedoch mit der Erstellung des Bundesgesetzes nicht einverstanden. Die bestehenden gemeinsamen Vorhaben von Bund und Kantonen können auch ohne dieses Gesetz weitergeführt werden. Es muss befürchtet werden, dass dieses Gesetz zu Aktivitäten führt, welche nicht im Sinne einer auf Konkordanz und Subsidiarität aufgebauten Bildungszusammenarbeit sind.

Allgemeine Bemerkungen

Die bereits bestehenden Vorhaben von Bund und Kantonen in der Bildungszusammenarbeit können ohne ein solches Gesetz weitergeführt werden. Der erläuternde Bericht zeigt auf, dass die geltenden Zuständigkeiten und Aufgabenzuteilungen unverändert bleiben. Wir befürchten, dass mit einer zusätzlichen Koordination und dem finanziellen Mehraufwand zusätzliche Administration (Sitzungen, Dokumente, Papier etc.) auf Stufe Bund und Kantone generiert werden. Ein konkreter Nutzen für Lernende, Studenten, Lehrer, Unternehmen, Eltern oder Bürger ist nicht zu erkennen. Aus Sicht der Bildungsdirektion ist davon auszugehen, dass mit der Schaffung dieser Gesetzesvorlage zusätzliche Bestimmungen und Finanzierungsansprüche provoziert werden.

Zu den einzelnen Bestimmungen

Den im Bericht dargestellten Zielen der Zusammenarbeit wird heute mit dem aktuellen Stand und den gemeinsam vorgesehenen Perspektiven der aktuellen Arbeit im Sinne von Art. 61a BV entsprochen.

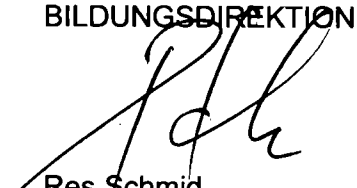
Bei der Organisation der Zusammenarbeit hat die Bildungsgeschichte bewiesen, dass die Kantone und der Bund gezielt Vereinbarungen abgeschlossen haben. Es soll auf keinen Fall zu einer Komplizierung der bisher geübten, sehr pragmatischen Zusammenarbeit kommen.

Fazit

Die koordinierte Umsetzung der Bildungsverfassung von 2006 ist im föderalistischen Einvernehmen gut angegangen worden und heute gut eingespielt. Der Bildungsbereich ist hinsichtlich horizontaler wie vertikaler Zusammenarbeit gut aufgestellt und respektiert zugleich die kantonale Bildungshoheit. Die Notwendigkeit für ein solches Gesetz ist demzufolge nicht gegeben, was zur Ablehnung der Gesetzesvorlage seitens der Bildungsdirektion Nidwalden führt. Zusätzliche finanzielle Mittel und weitergehende Zentralisierungen im Bildungsbereich sind nicht gerechtfertigt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
BILDUNGSDIREKTION



Res Schmid
Bildungsdirektor